

**Sitzung vom 21. November 1919,
nachmittags 5 Uhr.**

**Séance du 21 novembre 1919, à 5 heures
de relevée.**

Vorsitz: }
Présidence: } Hr. Brügger.

**1159. Interpellation des Herrn Winiger
vom 13. November 1919.**

Interpellation de M. Winiger, du 13 novembre 1919.

Der Unterzeichnete wünscht vom Bundesrat zu vernehmen, was von ihm geschehen sei und noch geschehen werde, um der Bevölkerung von Vorarlberg in ihrer derzeitigen Notlage Hilfe zu leisten. Er wünscht zugleich, über die Auffassung und die Absichten des Bundesrates in Hinsicht auf die Bestrebungen des Landes Vorarlberg zum Anschluss an die Schweiz erneut Aufschluss zu erhalten. Winiger.

Die Interpellation wird unterstützt von den Herren:

Bolli, Düring, Geel, Kunz, Legler, Muheim, Python, Räber, Ribordy, Scherrer (St. Gallen), Schöpfer, Usteri, Wirz, Zen-Ruffinen.

Le soussigné demande au Conseil fédéral de l'informer des mesures qu'il a prises et compte prendre encore pour secourir la population du Vorarlberg dans sa détresse actuelle. Il désire aussi être renseigné à nouveau sur la manière de voir et les intentions du Conseil fédéral concernant les efforts que fait le Vorarlberg pour se réunir à la Suisse. Winiger.

Cette demande d'interpellation est appuyée par MM. :

Bolli, Düring, Geel, Kunz, Legler, Muheim, Python, Räber, Ribordy, Scherrer (St-Gall), Schöpfer, Usteri, Wirz, Zen-Ruffinen.

Winiger: Wie Sie sehen, wünschen die Unterzeichner der Interpellation vom Bundesrate Aufschluss zu erhalten über zwei Fragen: Einmal wünschen wir zu wissen, was vom Bundesrat geschehen sei und noch geschehen werde, um der Bevölkerung von Vorarlberg in ihrer derzeitigen Notlage Hilfe zu leisten. Es handelt sich in dieser Hinsicht um einen Akt der Humanität und Freundnachbarlichkeit. Die Notlage des Landes Vorarlberg ist ja notorisch. Es fehlt dem Lande und dem Volke, das da wohnt, am Nötigsten, was es zum Leben gebraucht. Es kann sich dieses Nötigste selbst nicht geben, und das Staatsgebilde, dem es zurzeit angehört, die Republik Oesterreich, vermag es ihm auch nicht zu geben. Dann wird natürlicherweise als Aushelferin in der Not in erster Linie auch die Schweiz als nächste Nachbarin von Vorarlberg in Frage kommen. Wir wissen nun, dass

durch Vorsorge des Bundesrates in dieser Hinsicht schon manches geschehen ist. Wir wissen es, und auch unser Land weiss es im allgemeinen; aber doch wird es gegeben sein, dass der Bundesrat Anlass nimmt, auf unsere Interpellation offiziell bekanntzugeben, was schon geschehen ist, und noch mehr, was er weiter in dieser Hinsicht zur Unterstützung von Vorarlberg in seiner Notlage noch zu tun gedenkt, zumal angesichts der strengen Jahreszeit, die ja diesmal ausserordentlich früh eingebrochen ist.

Neben dem Guten, was geschehen ist für Vorarlberg, hat man zu unserm Bedauern und zu unserer Beschämung auch von Nichtgutem gehört, was schweizerischerseits dort geschehen sein soll. Es war davon die Rede, dass schweizerische Aufkäufer über die Grenze gehen, um im Vorarlberg das Wenige, was noch zu haben ist, aufzukaufen, in der Absicht, sich zu bereichern unter Ausnützung der bekannten derzeitigen Valutaverhältnisse. Wir wissen nicht, was Wahres ist an dieser Angabe. Wir möchten gern wissen, ob dem Bundesrate etwas davon bekannt sei; wenn ja, ob der Bundesrat das tue und zu tun gedenke, was in seiner Macht liegt, um einem solchen schmählischen, ausbeuterischen Treiben, einem himmelschreienden Treiben, wenn die Angaben darüber wahr sind, entgegenzutreten.

Das zu der einen Seite der Frage, die wir stellen. Und nun die zweite. Wir wünschen, über die Auffassungen und die Absichten des Bundesrates in Hinsicht auf die Bestrebung des Landes Vorarlberg zum Anschluss an die Schweiz erneuten Aufschluss zu erhalten. Wir sagen erneuten Aufschluss. Hier an dieser Stelle haben wir ja dem Bundesrate noch nie Anlass gegeben, über seine Auffassungen und Absichten in dieser Hinsicht Aufschluss zu erteilen; aber es ist uns bekannt, dass ihm im andern Rat dazu Anlass gegeben wurde und dass der Bundesrat auch davon Gebrauch gemacht hat. Also es ist heute der Anlass, diese Aufschlüsse zu erneuern, und es ist mehr Zufall, dass das heute zuerst in unserem Rate und nicht im andern Rate geschieht, wo eine parallele Interpellation anhängig ist.

Ich denke, es wird nicht nötig und nicht am Platze sein, bereits Bekanntes zu wiederholen. Wir wissen, dass nach dem Zusammenbruch der alten Donaumonarchie im Lande Vorarlberg frühzeitig der Gedanke des Anschlusses an die Schweiz aufgetaucht ist. Man weiss auch, dass berufene Vertreter des Landes nach Bern gekommen sind, um hier mit den massgebenden Kreisen der Bundesstadt, im Bundeshaus, über die Frage Fühlung zu nehmen. Es heisst auch, dass es gerade auf Anregung von Bern aus geschehen sei, wenn im Frühling des laufenden Jahres über die Anschlussfrage im Vorarlberg eine Volksabstimmung stattgefunden hat. Wir wissen, mit welchem Resultat. Das Resultat war, dass eine sehr starke, fast an Einstimmigkeit grenzende Mehrheit des Volkes sich für den Anschluss an die Schweiz ausgesprochen hat.

Nun hatte das Vorarlberg gesprochen. Aber das Echo seitens der Schweiz ist bis jetzt zumeist oder wenigstens während langer Zeit ausgeblieben, von gelegentlichen Aeusserungen der Presse abgesehen. Insbesondere hat man nichts von offiziellen Schritten vernommen, die in der Sache geschehen wären, etwa in der Richtung, dass man Fühlung genommen hätte mit den Regierungskreisen in Wien

und ganz besonders mit den massgebenden Kreisen in Paris, um dort die Haltung und Stimmung abzuklären, und, was Paris angeht, dem Lande Vorarlberg das Recht der Selbstbestimmung zu wahren. Ich möchte an meinem Orte das bisherige hinhaltende Benehmen des Bundesrates nicht etwa tadeln. Es ist zu verstehen, insbesondere auch mit Rücksicht darauf, dass schweizerischerseits die öffentliche Meinung in der Frage des Anschlusses von Vorarlberg, d. h. der Aufnahme von Vorarlberg in den Schweizerbund, zum mindesten sehr wenig abgeklärt war. Sie hat sich zum grossen Teil indifferent verhalten, vielfach auch ausgesprochen oppositionell. Auch diese Haltung der öffentlichen Meinung in der Schweiz mag sehr wohl verständlich und zu rechtfertigen gewesen sein, solange Vorarlberg noch Bestandteil der Republik Oesterreich war, dieses neuen Staatsgebildes, das ehemals das Zentrum der grossen Donaumonarchie war und jetzt ein kleines und zugleich armes Gebilde geworden ist. So mochte es dem schweizerischen Fühlen und Denken vielfach widerstreben, ihm von dem Wenigen, was es noch hat, auch noch etwas wegzunehmen, auch wenn es auf den Willen dessen hin geschehen sollte, der dabei beteiligt ist. Aber nun könnten sich die Dinge so gestalten, und es herrscht bei uns vielfach Besorgnis darüber, dass dieses neue Staatsgebilde, die Republik Oesterreich, in der selbständigen Stellung und in der territorialen Zusammensetzung, wie sie durch den Frieden von St. Germain geschaffen worden ist, auf die Dauer sich nicht halten könne. Und man sagt sich, wenn das eintreten sollte, was man zum mindesten als möglich betrachten muss, könnten oder müssten sich die Verhältnisse an unserer Ostgrenze in einer Art und Weise gestalten, die doch Anlass zu ernstern Besorgnissen geben müsste. Unser Verhältnis zum alten österreichisch-ungarischen Nachbar war, ich möchte sagen, von ausgesprochener Gemütlichkeit getragen. So wenigstens hat es einmal der Vertreter des Bundesrates, der damalige Vorsteher des Politischen Departementes, auf Veranlassung des Sprechenden hier dargestellt. Es handelte sich damals um die Beziehungen zu Italien, und der damalige Vorsteher des Politischen Departementes hat dabei Anlass genommen, auch unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn darzulegen. Er meinte, das beidseitige Verhältnis sei das von älteren, gesetzten, biedereren Herren, die des Tags über hier und da das nachbarliche Fenster öffnen und miteinander darüber reden, wie der Kohl im Garten wächst. Wenn es dann Abend werde, dann lüfte jeder seine Zipfelmütze und sage dem andern freundlich Gute Nacht. So gehe es mit Oesterreich-Ungarn.

Nun sagt man sich, wenn das geschehen sollte, was zum mindesten im Bereich der Möglichkeit liegt, und zwar einer nahen Möglichkeit, dann müsste zum mindesten dieses alte gemütliche Verhältnis von ehemals sich ändern. Man meint, es sei nun an der Zeit, sich vorzusehen und, nachdem der Ruf von Vorarlberg aus an uns ergangen ist, diesen Ruf zu hören und den Anlass zu benutzen, um an der Ostgrenze eine Korrektur anzubringen, die diese Veränderung in der ehemaligen Gemütlichkeit des Nachbarverhältnisses korrigieren könnte. Ich werde nicht nötig haben, das konkreter auszudrücken. Es weiss ja jeder, wie die Sache etwa gemeint ist. Man denkt an ältere Blätter in unserer Landesgeschichte zurück. Es hat im Laufe der Jahrhunderte schon ähnliche Gelegenheiten und Möglich-

keiten gegeben, die verpasst worden sind, leider von unseren Vorfahren verpasst worden sind. Die heutige Generation möchte und sollte dagegen vorsorgen, dass nach hundert Jahren unsere Nachfahren ihr nicht vielleicht ein ähnliches Versäumnis zur Last legen dürfen. Wir alle möchten einem solchen Vorwurf entgehen; vor allem werden die berufenen Behörden es tun wollen.

Es kommen noch besondere Verhältnisse in Frage, nicht nur die politisch-territoriale Gestaltung des Landes; wir können auch denken an die wirtschaftlichen und insbesondere auch an die verkehrspolitischen Verhältnisse. Ich weiss nicht, mit welchem Rechte man bereits von einer wirtschaftlichen Infiltration des Landes von anderer Seite spricht, so insbesondere durch Aufkauf der wertvollen Wasserkräfte, über welche Vorarlberg verfügt. Ich weiss nicht, ob die Angaben darüber zutreffend sind, ich bin solchen Angaben mehrfach begegnet.

Ganz besonders wird auch die verkehrspolitische Seite der Frage in Betracht fallen. Ich habe davon gehört, dass über diese Seite ein Gutachten der Generaldirektion der Bundesbahnen abgegeben worden sei.

Es ist ja ohne weiteres zuzugeben, dass die Sache auch ihre andere Seite hat und Bedenken ruft. Wir alle sind uns darüber klar, dass der Anschluss des Landes Vorarlberg an die Schweiz kaum ohne grosse Opfer unsererseits erfolgen kann. Es wird Sache der kühlen, nüchternen Erwägung sein, den Wert des Preises und die Grösse der Opfer gegenseitig abzuwägen und sich dann zu fragen, ob der Preis das Opfer wert sei. Auch das wird ja vom Bundesrate, wenn nicht schon erwogen, so doch zu erwägen sein.

Man hat, wie ich vernommen habe, auch an eine Art Mittelweg in der Sache gedacht. Man hat gemeint, es könnte die Lösung sich in der Weise finden, dass Vorarlberg einstweilen noch politisch und territorial selbständig bleibe, ungefähr so wie Liechtenstein, aber mit wirtschaftlichem und verkehrspolitischem Anschluss an die Schweiz, hinsichtlich des Zolls, der Post und des Telegraphs und auch hinsichtlich des Münzfusses. Das letztere würde natürlich die Regulierung der Valutaverhältnisse bedingen, was allerdings wieder eine schwierige und jedenfalls auch eine kostspielige Sache wäre. Das wäre also eine Art Mittelweg, der in Frage kommen könnte, und ein Provisorium zugleich.

- Das ist das Wesentliche, was ich zur Klarlegung der Anfrage, die wir gestellt haben, zu sagen habe. In erster Linie möchten wir wissen, was der Bundesrat getan hat und weiter zu tun gedenkt zur Unterstützung des Landes in seiner Notlage. Es ist ja klar, dass gegenwärtig, in dem kritischen Moment der Anschlussfrage, diese Unterstützung von Vorarlberg ganz besondere Bedeutung hat. Es ist klar, dass, wenn wir überhaupt die Anschlussfrage zu verfolgen gedenken, wir das Land jetzt nicht seinem Schicksal überlassen dürfen, sondern dass wir mit aller Kraft, soweit es uns möglich ist, ihm zu helfen suchen.

Die Interpellation, die wir gestellt haben, ist, wie Sie gesehen haben, von Mitgliedern dieses Rates aus verschiedenen Parteien und Landesteilen, insbesondere nicht nur aus der deutschen, sondern auch aus der französischen Schweiz unterzeichnet. Sie mögen daraus das Interesse entnehmen, das man der Frage von überall her entgegenbringt. Wir sehen daher mit

entsprechendem Interesse der Antwort entgegen, die uns der Bundesrat auf unsere Anfrage geben wird. Wir haben die Anfrage gestellt im Bewusstsein und in der Stimmung, dass die Zeit gekommen sei, um in der Frage schlüssig zu werden, um etwas zu tun. Die Zeit ist gekommen, und wir nehmen an, dass der Bundesrat sich dessen bewusst sein und sein Verhalten entsprechend einrichten werde.

Bundesrat Calonder: Ich erinnere Sie an die Beantwortung der Interpellation Gelpke, die am 28. Juni im Nationalrat stattfand. Damals ging der Bundesrat von der Annahme aus, dass das Selbstbestimmungsrecht des Vorarlbergervolkes zweifellos würde anerkannt werden, sowohl seitens Deutschösterreichs wie auch seitens der Pariser Konferenz. Zu dieser Annahme war der Bundesrat auf Grund der damaligen Sachlage durchaus berechtigt, wie denn auch die Vorarlberger selber bestimmt darauf zählten, dass ihr Selbstbestimmungsrecht von Deutschösterreich und von der Pariser Konferenz anlässlich des Friedensvertrages vorbehaltlose Anerkennung finden würde.

Aber sowohl der Bundesrat wie die Vorarlberger erfuhren eine bittere Enttäuschung. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Vorarlberger wurde von Deutschösterreich nie ausgesprochen. Der Vertreter des Vorarlbergs, Dr. Ender, kam, wie es scheint, in Paris gar nicht zum Worte. Trotzdem wurde, wie man vernommen hat, die Vorarlbergerfrage an der Pariser Konferenz anlässlich des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschösterreich eingehend besprochen. Die territoriale Kommission machte den Vorschlag, die Frage betreffend Anschluss des Vorarlbergs an die Schweiz dem Völkerbunde zu überlassen; aber der Oberste Rat trat darauf nicht ein. Immerhin herrschte dabei, wie wir Grund haben anzunehmen, die Auffassung, dass die Frage später jederzeit dem Völkerbunde unterbreitet werden könne.

Angesichts dieser Situation sah der Bundesrat bisher davon ab, zur politischen Seite der Vorarlbergerfrage Stellung zu nehmen. Es war nicht unsere Sache, uns in die internen Verhältnisse zwischen Deutschösterreich und Vorarlberg einzumischen und die ersten Schritte in dieser Frage zu tun, weil wir nach wie vor der Ansicht waren, dass es in erster Linie Sache des Vorarlbergervolkes selbst ist, die Initiative zu ergreifen und mit aller Energie sein Selbstbestimmungsrecht geltend zu machen, wenn es darin sein höchstes Gut erblickt.

Wenn unter solchen Umständen der Bundesrat jede politische Kundgebung und jede internationale Intervention unterliess, so bemühte er sich nach wie vor, das Vorarlbergervolk in bezug auf seine Ernährung nach Möglichkeit zu unterstützen. Wir haben dem Vorarlberg mancherlei Waren für seine Versorgung geliefert und uns wiederholt bereit erklärt, weitere Hilfe zu leisten.

Seit dem Abschlusse des Friedensvertrages zwischen den Pariser Mächten und Oesterreich hat sich eine Sachlage herausgebildet, die neue Gesichtspunkte zur Beurteilung der Vorarlbergerfrage aufdrängt und zum Teil neue wesentliche Tatsachen in sich schliesst.

Die wirtschaftliche Krise des Vorarlbergs ist seit dem Friedensvertrage immer schärfer geworden. Der Sturz des Kronenkurses, der Umstand, dass Oesterreich dem «Ländle» keine Lebensmittel liefern kann

und die Stockungen des Eisenbahnverkehrs haben wesentlich dazu beigetragen. Die Beziehungen zwischen dem Vorarlberg und Oesterreich sind derart, dass die Vorarlberger anderswo wirtschaftliche Hilfe suchen müssen. Sie können sie nur bei der Schweiz oder bei Deutschland finden.

Von Süddeutschland her wird den Vorarlbergern in bereitwilligster Weise Hilfe geleistet und weitere Hilfe nach allen Richtungen angeboten. Es droht die Gefahr, dass die Vorarlberger durch ihre gegenwärtige Not in die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands geraten und dadurch auch politisch zum Anschluss an Deutschland gezwungen werden.

In der Tat kann heute nicht mehr daran gezweifelt werden, dass von gewissen Kreisen Deutschlands zielbewusst auf die Angliederung des Vorarlbergs an das Deutsche Reich hingearbeitet wird. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass man in Wien den Anschluss des Vorarlbergs an Deutschland begünstigt, falls die Loslösung des Vorarlbergs von Oesterreich in Frage kommen sollte.

Trotz allen bisherigen Enttäuschungen ist es nach wie vor der heisse Wunsch des Vorarlbergervolkes, sich an die schweizerische Eidgenossenschaft anzuschliessen. In einer letztes Frühjahr stattgehabten öffentlichen Abstimmung sprachen sich über 80 % der Vorarlberger für den Anschluss an die Schweiz aus. Auf Grund zuverlässiger Berichte darf man annehmen, dass heute die nach der Schweiz gerichtete Mehrheit trotz der alldeutschen Propaganda einer kleinen, aber sehr rührigen Minderheit noch bedeutend grösser ist. Nach wie vor erblickt das tüchtige, demokratisch gesinnte Völklein sein politisches Ideal in einer engen Verbindung mit der schweizerischen Republik.

Diese Standhaftigkeit des Willens und die Aufrichtigkeit der Gesinnung hat einen tiefen und nachhaltigen Eindruck auf das Schweizervolk gemacht. Hatte sich das Schweizervolk in dieser Frage anfänglich grosse Zurückhaltung auferlegt, so nahm es in der Folge immer lebhafteren Anteil am Schicksal seines kleinen unglücklichen Nachbarn. Heute stehen wir gegenüber einer starken Strömung der öffentlichen Meinung, namentlich in der deutschen Schweiz, zugunsten des Vorarlbergervolkes. In Versammlungen, Petitionen und in der Presse kommt das Verlangen zum Ausdruck, der Bundesrat möchte sich der hartbedrängten Vorarlberger annehmen. Diese Volksbewegung ist vorläufig nicht auf die Angliederung des Vorarlbergs an die Schweiz gerichtet. Man verlangt bloss, der Bundesrat möchte tun, was in seiner Kraft liegt, um zu verhindern, dass die Vorarlberger durch ihre Notlage zum Anschluss an Deutschland gezwungen werden. Es soll das freie Selbstbestimmungsrecht des Vorarlbergervolkes gewahrt werden, damit es sich, falls es sich von Oesterreich trennen sollte, wie Liechtenstein, als selbständiger Staat mit wirtschaftlicher Anlehnung an die Schweiz konstituieren könne. Eine weitere Zukunft solle dann darüber entscheiden, ob das Vorarlberg in die eidgenössische Familie aufzunehmen sei oder nicht. Die Vorarlbergerfrage soll nicht durch die Untätigkeit des Bundesrates für alle Zukunft zugunsten Deutschlands und zum Schaden der Schweiz präjudiziert werden. Das sind ungefähr die leitenden Gedanken der erwähnten Volksbewegung.

Selbstverständlich muss bei einem eventuellen Anschlusse Vorarlbergs an die Schweiz auch die volkswirtschaftliche Seite der Angelegenheit in Betracht

gezogen werden. Das Volkswirtschaftsdepartement hat schon vor einiger Zeit eine Kommission bestellt, welche die Konsequenzen einer wirtschaftlichen Angliederung Vorarlbergs an die Schweiz zu prüfen hatte. Aus dieser Prüfung geht hervor, dass, wenn auch in bezug auf gewisse kleinere Industrien dieser Anschluss keine Vorteile bietet, er andererseits vom industriellen und handelspolitischen Standpunkte aus im Interesse der schweizerischen Stickerei liegt, während derselben jede andere Lösung unzweifelhaft schwere Schädigung verursachen müsste.

In bezug auf die Elektrizitätsindustrie stellt sich dieselbe Kommission auf den Standpunkt, dass es für die Schweiz weit wichtiger ist, billige Kraft zu bekommen, als dass die bestehenden Elektrizitätswerke vor allfälliger Konkurrenz geschützt werden, so dass eine Vereinigung mit dem Vorarlberg einen Vorteil für die Schweiz im ganzen bedeuten würde. Laut Bericht des Departements des Innern ist das Nationalvermögen in bezug auf die Zahl der Wasserkräfte pro Quadratkilometer demjenigen der Schweiz mindestens gleich. Es entspricht ungefähr dem Reussbecken.

Unsere Bundesbahnen sprechen sich entschieden zugunsten des Anschlusses aus. Verwirklicht sich die Angliederung des Vorarlbergs mit Deutschösterreich an die Deutsche Republik, so ist mit einer vollständigen Umgestaltung der Verkehrsverhältnisse, und zwar zum Nachteil der Schweiz, zu rechnen. Sowohl die Vorarlberger Linien als auch die Arlbergbahn kämen dadurch mehr oder weniger unter den Einfluss der reichsdeutschen Verkehrspolitik. Diese wird selbstverständlich dahin streben, den gesamten in Frage kommenden Verkehr soweit als möglich den deutschen Interessen dienstbar zu machen. Die Schweiz wäre hinsichtlich der Leitung vom Osten her, der bekanntlich viel stärker ist als derjenige in der umgekehrten Richtung, sozusagen vollständig an Deutschland ausgeliefert.

Ist mit der Verwirklichung des Anschlusses von Vorarlberg an Bayern oder Württemberg zu rechnen, so würden sich die Verhältnisse für die Schweiz hinsichtlich des Verkehrs Lindau und weiter — Südostschweiz nicht besser gestalten als im andern Falle, und bezüglich des Verkehrs Ost—West würde sich die Sachlage für die Schweiz insofern ungünstig gestalten, als deutsche Interessen und deutscher Einfluss sich auch auf der Arlbergroute geltend machen könnten.

Die Ausdehnung unseres Tarifrechtes und unserer Tarifkraft bis zum Arlbergtunnel würde uns ein wirksames Mittel an die Hand geben, die künftige Entwicklung des Arlbergverkehrs durch geeignete Tarifmassnahmen günstig zu beeinflussen und zu fördern. Bei den früher oder später zu gewärtigenden Verhandlungen über eine Teilung des Verkehrs zwischen Osten und Westen hätten die Bundesbahnen als Eigentümer der Vorarlbergerbahn naturgemäss eine bessere und stärkere Stellung als bisher.

Durch den unmittelbaren Anschluss unseres Netzes an den Arlbergtunnel käme der ganze Arlbergverkehr unter unsern Einfluss. Wir wären in der Lage, über dessen Leitung frei zu verfügen und diese unsern Interessen entsprechend zu gestalten. Besonders bezüglich des Transitverkehrs wäre dies von grossem Vorteil. Sodann ist zu erwähnen, dass wir für den Verkehr mit dem St. Galler Rheintal und der Südostschweiz in Lindau einen direkten Anschluss mit Bayern erhielten, womit dieser Verkehr, der jetzt auf der Strecke Lindau—Buchs ein Gemeinschaftsobjekt zwischen der Rhein-

taler- und der Feldkircherlinie bildet, uns ganz anheimfiele. Zweifellos würde der wirtschaftliche Anschluss des Vorarlbergs an die Schweiz dieser auch grosse Vorteile hinsichtlich der Bodenseeschifffahrt in Verbindung mit der künftigen Rheinschifffahrt Basel—Bodensee bringen.

Diesen bedeutenden wirtschaftlichen Vorteilen stünden grosse finanzielle Opfer der Schweiz behufs Gesundung der wirtschaftlichen Lage des Vorarlbergs gegenüber. Wenn die dortigen Wasserkräfte eine grosse Bedeutung haben, so braucht es Kapital, um sie auszubauen. Die Uebernahme, die Besserung der Verkehrsanstalten wären mit grossen Kosten verbunden. Die finanzielle Lage des Vorarlbergs ist sehr schlecht. Das Vorarlberg wird wahrscheinlich eine gewisse Quote der Kriegsschulden, der Kriegsentschädigungen, der Pensionen an die Invaliden und an die Familien der Gefallenen zu tragen haben. Die Umstellung der Valuta erfordert ebenfalls grosse Opfer. Schliesst sich das Vorarlberg wirtschaftlich an die Schweiz an, so muss ihm diese nach Möglichkeit finanziell helfen. Der Bundesrat behält sich eventuell vor, die entsprechenden Kreditbegehren an die Bundesversammlung zu richten.

Entscheidend ist aber in der ganzen Vorarlbergerfrage deren grosse politische Bedeutung für die Schweiz und für das Vorarlberg. Der Bundesrat ist sich seiner grossen Verantwortlichkeit nach dieser Richtung bewusst und hält dafür, der entscheidende Moment sei gekommen, um so oder anders Stellung zu nehmen. Entweder wir erklären, dass die Vorarlbergerfrage uns nicht interessiert und lassen sie endgültig auf sich beruhen, oder aber wir anerkennen, dass es dabei auch um grosse schweizerische Interessen geht, und dann müssen wir eine bestimmte und klare Richtlinie für unser Verhalten ziehen.

Nach der Ueberzeugung des Bundesrates bedeutet der eventuelle Anschluss des tüchtigen Vorarlbergervolkes an die Schweiz eine Stärkung unserer Volkskraft. Es liegt in der natürlichen Entwicklung unseres Staates, diese Bevölkerung, die gleichen Stammes und gleicher Sprache ist wie ein Teil unserer Deutschschweizer, nicht von uns zu stossen, sondern durch unsere freundschaftliche Hilfe zu uns zu ziehen.

Im Vordergrund aber steht das Interesse der Schweiz, zu verhindern, dass das Vorarlberg an Deutschland gelange. Das Vorarlberg bildet einen tiefen Keil in der Ostflanke unseres Landes. Bisher gehörte dieses Land zu Oesterreich, und Oesterreich hatte weder die Kraft noch die Tendenz, mit seinen politischen Anschauungen vom Vorarlberg aus die Ostschweiz zu beeinflussen. Gehört aber dieser Keil einmal zu Deutschland, so bedeutet er für die Ostschweiz eine grosse politische Gefahr. Das Vorarlberg wäre für die Bestrebungen Deutschlands, die Schweiz wirtschaftlich und moralisch zu durchdringen, ein vorzüglich gelegenes Betätigungsfeld. Indem wir dies frei und offen aussprechen, verletzen wir das deutsche Volk in keiner Weise. Im Gegenteil ist seine grosse Expansionskraft ein Zeichen seiner Tüchtigkeit und Arbeitslust und gereicht ihm zur Ehre. Aber uns würde sie unzweifelhaft zum Verderben gereichen. Ein Teil der Ostschweiz stünde in Gefahr, von reichsdeutscher Denkart durchdrungen und so entnationalisiert zu werden.

Hat die Schweiz somit ein grosses Interesse, zu der vom Vorarlberg gesuchten wirtschaftlichen und politischen Verbindung Hand zu bieten, so fragt sich, wie

diese letztere zu gestalten sein wird. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass es verfrüht wäre, heute schon die Frage der Aufnahme des Vorarlbergs in den Verband der schweizerischen Eidgenossenschaft entscheiden oder irgendwie präjudizieren zu wollen. Diese Frage, deren Entscheid unter allen Umständen dem Volke und den Ständen vorbehalten bleibt, ist heute auch gar nicht aktuell. Nur das sei heute schon bemerkt, dass die Aufnahme des Vorarlbergs als Glied der Eidgenossenschaft nur dann denkbar ist, wenn auch die romanische Schweiz in ihrer Mehrheit sich dafür ausspricht. Unter allen Umständen entspricht es der Auffassung des Schweizervolkes, wenn das Vorarlberg, falls es sich von Oesterreich loslösen will, vorläufig als selbständiger, kleiner Staat sich konstituiert und auf dieser Grundlage in ein enges politisches und wirtschaftliches Verhältnis zur Schweiz tritt. Wir werden dem Vorarlbergervolke gegebenenfalls in jeder Beziehung behilflich sein, seine staatliche Selbständigkeit zu erlangen. Wir werden den Vorarlbergern, wenn sie sich neuerdings an uns wenden, erklären, dass wir sie gegebenenfalls wirtschaftlich und politisch unterstützen und in ein enges freundschaftliches Verhältnis zu ihnen zu treten bereit sind. Dabei nehmen wir an, dass der Völkerbund nicht anstehen wird, auf Wunsch des Vorarlbergervolkes dessen Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen.

Obwohl es sich heute um eine eventuelle Prüfung der ganzen Frage handelt und eine Vergrößerung des schweizerischen Gebietes unter allen Umständen vorläufig gar nicht in Frage kommt, möchten wir doch auch bei diesem Anlasse betonen, dass die Anlehnung oder der Anschluss des Vorarlbergs an die Schweiz niemals zum Ausgangspunkte irgendwelcher Gebietskompensationen werden darf: Wir würden solche Zumutungen unter allen Umständen ablehnen, von welcher Seite sie auch kommen sollten. In dieser Hinsicht ist folgendes zu bemerken: In den ersten Tagen September ging das Gerücht, Italien habe gegen eine eventuelle Angliederung Vorarlbergs an die Schweiz Einsprache erhoben oder Kompensationsansprüche vorbehalten. Dieses Gerücht beruhte auf Erfindung:

1. Der italienische Minister des Auswärtigen, Herr Tittoni, hat seinen Kabinettschef beauftragt, unserm Gesandten in Rom mitzuteilen, er dementiere in formellster Weise, dass Italien einem Anschlusse des Vorarlbergs an die Schweiz Opposition gemacht habe;

2. Im Auftrage des Herrn Tittoni hat der italienische Gesandte beim Bundespräsidenten vorgesprochen und ihm mitgeteilt, die auch an die Schweizerpresse übergegangene Nachricht, dass Italien gewisse Ansprüche auf den Kanton Tessin geltend machen werde, sofern die Schweiz den Anschluss Vorarlbergs anstreben sollte, sei durchaus falsch.

Auf Grund der vorstehenden Ausführungen gelange ich namens des Bundesrates zu folgenden Konklusionen:

Die Schweiz mischt sich in keiner Weise in die innern Verhältnisse zwischen dem Vorarlberg und Oesterreich ein. Für den Fall aber, dass aus irgend einem Grunde die Loslösung des Vorarlbergs von Oesterreich in Frage kommen sollte, würde der Bundesrat auf Wunsch des Vorarlbergs mit ganzer Kraft dessen Bestrebungen zur Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechtes, sei es beim Völkerbund, sei es bei der Pariser Konferenz, unterstützen.

Der Bundesrat ist ferner bereit, dem Vorarlberg auf Wunsch angemessen wirtschaftliche Unterstützung angedeihen zu lassen, namentlich in der Form von Kreditgewährung und Lieferung von Lebensmitteln.

Präsident: Vorerst will ich noch folgende Erklärung verlesen: « Les députés soussignés font toute réserve dans la question du Vorarlberg au sujet de son incorporation ou de son rattachement à la Suisse sous une forme quelconque. Cette déclaration est faite, étant donné qu'il n'est pas possible d'engager aujourd'hui à la fin de la session une discussion générale. Berne, le 21 novembre 1919. Dind, de Meuron, Soldini, Gabuzzi, Ruty, Simon, Pettavel. »

Ich frage nun den Herrn Interpellanten an, ob er sich mit der gegebenen Auskunft befriedigt erklärt.

Winiger: Ja, Herr Präsident.

Präsident: Damit wäre die Angelegenheit erledigt, sofern nicht aus der Mitte der Versammlung die Diskussion verlangt wird.

Isler: Ich möchte nur sagen, dass eigentlich in einer so wichtigen Sache und nach der eben abgegebenen Erklärung des Bundesrates eine Diskussion walten sollte. Aber wir sind nun am Ende der Session, und ich beantrage darum die Diskussion auch nicht. Jedoch gestehe ich offen, es wäre das eine und andere zu sagen auf die Eröffnungen des Bundesrates; ich gebe keine schriftliche Reserve ein, behalte mir aber auch meine Hefte offen.

Bundesrat Calonder: Der Bundesrat hat seine Auffassung dargelegt; es ist Sache des Parlamentes, sich zu äussern, wenn es damit nicht einverstanden ist. Meinerseits könnte ich eine Diskussion nur begrüssen.

Präsident: Da kein Antrag auf Diskussion gestellt wird, ist die Angelegenheit für einmal erledigt.

1119. Völkerbund. Société des nations.

Schlussabstimmung — *Votation finale.*

Präsident: Der Nationalrat teilt uns mit, dass er unserer Schlussnahme bezüglich des Traktandums Völkerbund zugestimmt habe. Wir haben nun noch zur Schlussabstimmung zu schreiten. Ich beantrage Ihnen, dieselbe sofort vorzunehmen. Es sind für morgen bereits verschiedene Absenzen angemeldet, und ich fürchte, dass wir morgen weniger zahlreich wären als heute. Ich möchte anfragen, ob die Herren

Interpellation des Herrn Winiger vom 13. November 1919.

Interpellation de H. Wininger, du 13 novembre 1919.

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1919
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Novembersession
Session	Session de novembre
Sessione	Sessione di novembre
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	1159
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	21.11.1919 - 17:00
Date	
Data	
Seite	621-625
Page	
Pagina	
Ref. No	20 028 860

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.